

**Kritische Gedanken
zur ZHAW
...damit hier wieder studiert wird**



Wer sind wir?

Die Kriso ist offen für alle in der Sozialen Arbeit tätigen Personen und bietet eine Plattform für kritische Debatten über Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Dabei werden auch die derzeitig vorherrschenden ökonomischen, patriarchalen und gesellschaftlichen Kontexte in Bezug auf die Soziale Arbeit mitgedacht. Wir verstehen uns als parteilich für sozial Benachteiligte und setzen uns für eine sozial gerechtere Gesellschaft ein. Damit kritisieren wir eine Soziale Arbeit, die sich zum blossen Spielball einer neoliberalen Politik macht. In diesem Sinne wollen wir uns organisieren und einen Raum öffnen für Diskussion, Austausch und Organisation, um uns als Sozialarbeitende gegen Sparmassnahmen und Sozialabbau zu wehren. Mehr zu unseren Positionen steht in unserem Positionspapier auf unserer Webseite (kriso.ch). Die Kriso ist ein offenes Forum. Mitmachen kann, wer einen Bezug zu Sozialer Arbeit hat, mit den gesellschaftlichen Verhältnissen unzufrieden ist und sich austauschen und engagieren will.

Inhalt

Was ist das für eine Profession?	8
Soziale Arbeit und Bolognareform	13
Evangelikale Christ*innen in der Sozialen Arbeit	18
Überwachung und Isolation – das neue Asylverfahren	23
Das Geschlecht in der Sozialen Arbeit	27
Aktivierst du noch oder reproduzierst du schon?	32
Forderungen an die ZHAW	38

Kriso

Liebe Lesende

Diese Broschüre wurde von Student*innen der ZHAW für Student*innen und Dozierende geschrieben, mit dem Ziel den kritischen Diskurs an dieser Hochschule für Soziale Arbeit anzuregen und zu fördern. Die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlich, bzw. politisch relevanten Fragen betrachten wir als (werdende) Sozialarbeitende als unsere Pflicht! Denn Soziale Arbeit findet in einem hochpolitischen Kontext statt, der uns alle etwas angeht.

Die Soziale Arbeit findet sich als Auftraggeberin und Auftragnehmerin inmitten kapitalistischer und patriarchaler Strukturen wieder. Dabei wird gern von der sozialen Marktwirtschaft der Schweiz gesprochen. Doch wie sozial ist dieses Wirtschaftssystem wirklich, wenn Schulen und Bildungseinrichtungen nur darauf ausgerichtet werden, verwertbare Arbeitskräfte für den Markt zu produzieren? Wie sozial ist es, wenn Medien und Politik die Ideale des Marktes wie Individualismus, Leistung, Selbstoptimierung und Konkurrenz als einzig gültige Werte propagieren? Wie «sozial» unsere Marktwirtschaft tatsächlich ist, zeigt sich, wenn eine Person nicht einwandfrei in diesem System «funktioniert»: Für ältere Personen, weniger Leistungsfähige oder Geflüchtete existieren soziale Sicherungssysteme wie beispielsweise die AHV, sowie die IV oder die Sozialhilfe und weitere Arbeitsfelder, in denen die Soziale Arbeit tätig ist oder wird. Die strukturell bedingten Ausschlüsse von Individuen aus Arbeitsmarkt und Gesellschaft werden individualisiert und Einzelpersonen werden für ihre Situation verantwortlich gemacht. Unsere Aufgabe ist es dann auf individueller Ebene möglichst rasch, möglichst kostengünstig und möglichst ohne Aufwand Lösungen zu finden, damit diese Menschen wieder «funktionieren», was der Verwertungslogik folgend mit Arbeitsfähigkeit gleichgesetzt wird.

Hinzu kommt, dass dieser «Sozialstaat» in der jüngeren Vergangenheit systematisch abgebaut wird! Das Rentenalter wird erhöht, die Sozialhilfe gekürzt, Ausländergesetze werden verschärft, IV-Beziehende überwacht und das Motto «Fordern und Fördern» steht an erster Stelle. Für soziale Anliegen ist in vielen Bereichen je länger, desto weniger Geld vorhanden. So zeigt die neoliberale Argumentationslinie der (bürgerlichen) Rechten ihre Wirkung. Während solches Gerede der Rechten nicht überrascht, ist es doch bemerkenswert, wie diese Überzeugungen auch in der Sozialen Arbeit schleichend aber merklich Einzug finden. Selbst an der ZHAW, einem Ort, wo Berufsethik besonders bewusst diskutiert werden müsste, wird von der Quantifizierbarkeit in der Sozialen Arbeit oder von Kund*Innen der Sozialen Arbeit gesprochen. Fortschrittliche Theorieansätze müssen im Curriculum Inhalten Platz machen, die in der Praxis schneller nützlich sind. Die Soziale Arbeit ist (oder scheint) so beschäftigt damit, sich mit ihrer Professionalisierung auseinanderzusetzen, dass sie verkennt, dass sie vielerorts nur noch Verwaltung von ausgegrenzten Personen betreibt. Deshalb muss Soziale Arbeit politische Rahmenbedingungen, die solche Ausgrenzungsprozesse verursachen, nicht nur thematisieren, sondern kritisieren und aktiv dagegen Widerstand leisten.

Deshalb fordern wir eine Repolitisierung der Sozialen Arbeit! Hierbei kommt nicht nur uns als Studierenden sondern auch den Auszubildenden der Sozialen Arbeit eine besonders wichtige Aufgabe zu:

Als Ausbildungsstätte der Sozialen Arbeit vermittelt die ZHAW Werte und ein Verständnis der Profession, die für Absolvent*innen prägend sind. Die Aufforderung «Seid politisch!» ist zwar durchaus Teil einzelner Vorlesungen. Sie wirkt aber eher hilflos: Tatsächlich findet keine Auseinandersetzung mit grundlegenden gesellschaftlichen Themen, Sozialpolitik oder der Haltung der einzelnen Student*innen statt. Schnell wird es dann sowieso «zu politisch» und mit Argumenten der Neutralität und

Kriso

Diversity-Konzepten werden Diskussionen abgeblockt. Aktuelle Themen der Sozialen Arbeit werden dabei entweder völlig unkritisch vermittelt oder anderes Relevantes wird gar nicht erst thematisiert. Als Beispiel: Migration, eines der zurzeit gesamtgesellschaftlich wohl am kontroversesten diskutierten Themen, wird als Vertiefungsrichtung abgeschafft - WTF?

All dies sind Gründe genug, warum du dir die folgende Broschüre reinziehen solltest (auch wenn dir dafür keine ECTS-Punkte angerechnet werden). Nun zu den Texten:

Die Broschüre startet mit einem kritischen Text zur Professionalisierungsdebatte der Sozialen Arbeit. Was die Bologna-Reform anfangs der Jahrtausendwende mit Sozialer Arbeit zu tun hat (oder auch nicht) und warum wir alle Geiseln dieser ECTS-Jagd sind, findet im zweiten Text Platz. Warum unter dem Stichwort Diversity alles einfach mal per se toleriert wird (– ausser politisch sein, weil das ja dann doch zu politisch wäre) und welche Rolle dabei evangelikale Studierende haben, findest du im dritten Text. Direkt neben unserem ZHAW Campus ist ein Bundesasylzentrum entstanden und kürzlich eröffnet worden. Dieses Lager und das neue Asylgesetz gehen Sozialarbeitende sehr wohl etwas an – finden wir – auch wenn die Schule bislang dazu geschwiegen hat und Migration, wie gesagt, explizit nicht mehr so sehr thematisiert werden soll im Curriculum. Toll, dass wir das Ziel der Sozialen Arbeit der Isolation (oder äh, wie heisst das jetzt nochmal? der Integration vielleicht?) so stark verfolgen.

Und denkst du, dass im Jahre 2019 die Genderdebatte innerhalb der Sozialen Arbeit doch eigentlich keine Rolle mehr spielt und jetzt der Frauenstreik ja auch wieder vorbei ist und das Thema deshalb doch jetzt wirklich langsam ausdiskutiert ist? Dann findest du im fünften Text Antworten dazu, weshalb es noch lange nicht zu Ende diskutiert ist.

Im sechsten Artikel zur aktivierenden Sozialen Arbeit wird beispielhaft aufgezeigt, wie die Soziale Arbeit im Berufsfeld der Sozialhilfe Probleme individualisiert, statt politische Rahmenbedingungen zu kritisieren und mitzugestalten.

Nun wünschen wir dir hoffentlich einiges ungläubiges Kopfschütteln, weil vieles tatsächlich zum Kopfschütteln ist. Wünschenswert sind auch ein paar «Aha-wow-krass-spannend-mega-wichtig-Momente» und Momente, in denen du einen Satz zwei Mal lesen musst, weil's eben nicht ganz so einfach zu verstehen ist, weil's halt komplex ist. Und dann am Ende der Broschüre ganz viel Motivation und Elan für dein Engagement, um die Strukturen nicht als gegeben zu betrachten, sondern aktiv zu werden (in welcher Form du es auch immer sein kannst), zu kritisieren, querzudenken, Widerstand zu leisten und dich stark zu machen für eine Repolitisierung der Sozialen Arbeit.

Und falls du Bock auf die Kriso als Forum für kritische Soziale Arbeit hast, melde dich bei uns! Wir freuen uns zudem auch über dein Feedback zu dieser Broschüre und den Texten.

Du fühlst dich von der Broschüre angesprochen?

Dich chribblets in den Fingern und du möchtest dich gerne austauschen oder für eine kritischere Soziale Arbeit engagieren?

Tritt mit uns in Kontakt!

Nächstes Treffen der Kriso ZHAW

Wo: Mehrspur, Toni-Areal, Zürich
Wann: 19.11.2019, ab 16.45 Uhr
im Anschluss an die Vorlesung

10 Jahre Kriso Soliparty

Wo: Provitreff, Sihlquai 240, 8005 Zürich
Wann: 08.02.2020



kriso.ch
zuerich@kriso.ch
facebook.com/kritische.sozialearbeit/

Was ist das für eine Profession?

Studierende der Sozialen Arbeit sind in ihrer Ausbildung ständig mit dem Themenfeld der Profession konfrontiert. Dies geschieht über die Geschichte der Sozialen Arbeit, die abstrakten Professionstheorien, professionelle Handlungskriterien oder in sozialpolitischen Modulen. Die Betonung der Profession geschieht so oft, es scheint, als ob die Antwort auf die Probleme des Sozialstaates oder der Sozialen Arbeit ganz einfach wäre: Mehr Profession!

Mit fortschreitendem Studium oder praktischer Anwendung des Gelernten bilden sich bei vielen Studierenden ähnliche Widersprüche heraus: Auf der einen Seite sind Verschärfungen in den politischen Bedingungen der Sozialen Arbeit zur Normalität geworden. Armutsbetroffene, Geflüchtete, IV-Bezüger*innen, Menschen mit Beeinträchtigungen oder auch Jugendliche im öffentlichen Raum geraten immer wieder in den Fokus von Sparübungen. Die Sozialhilfe, die Unterbringung und Unterstützung von Geflüchteten, die IV und Ergänzungsleistungen oder die Partizipation in der Städteplanung haben in den letzten Jahren im besten Fall Stagnation, in der Regel aber Kürzungen erfahren. Auch eine ideologische Neuausrichtung im Sinne des «aktivierenden» Sozialstaats erfährt negative Rückmeldungen und wird nicht berücksichtigt (mehr dazu aber im Text zur Sozialhilfe).

Dem steht die politisch aktive Profession, wie im Studium konstant wiederholt, doch ziemlich ohnmächtig gegenüber. Die erhoffte Anerkennung will einfach nicht so recht kommen. Das Lobbying der Sozialen Arbeit hat weder zu offensiven Momenten geführt, noch stünden zur Einforderung von Menschenrechten geeignete Kräfte, Instrumente oder Institutionen zur Verfügung. Die vorgegebenen Wege der politischen Einflussnahme und politischen Vernunftappelle sind in Anbetracht all der Verschärfungen nicht erfolgsversprechend. Es gibt verschiedene Umgangsweisen mit diesem Widerspruch.

Viele Studierende interessieren sich nicht für die politischen Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit und passen sich ans jeweilige Umfeld an. Sie halten die Ansprüche ans politische Mandat der Sozialen Arbeit für nicht umsetzbar. Andere halten am Idealbild einer starken und politisch aktiven Profession fest und hoffen weiterhin, dass sich deren Gerechtigkeitsansprüche mit ganz viel Einsatz, mit Netzwerkarbeit und mit steigender Anerkennung durchsetzen liessen. Einige versuchen in der Wissenschaftslandschaft Fuss zu fassen und dort die notwendige Kritik zumindest theoretisch bzw. im Fachdiskurs einzubringen. Ein weiterer Teil hinterfragt das Professionsmantra und entwickelt in der Nähe zu sozialen Bewegungen eine kritische Berufsidentität.

Wieso entwickelte sich Profession zu einem Mantra?

In der Geschichte der Sozialen Arbeit lernen die Studierenden die einschneidenden Veränderungen nach der Heimkampagne und nach «'68» kennen, erkämpft durch soziale Bewegungen. Doch wie und aufgrund welcher Bedingungen hat sich die Soziale Arbeit nach dieser politisch aktiven Zeit in die jetzige Sackgasse manövriert?

Einerseits umfasst die Soziale Arbeit im Wohlfahrtsstaat eine grosse Bandbreite von Tätigkeiten. Das führt zur Schwierigkeit die Soziale Arbeit als eigenen Beruf zu definieren. Insbesondere seit den 60er und 70er-Jahren nahm die Differenzierung der Tätigkeiten zu. Zudem kommen in den 80er-Jahren neue Begriffe wie Exklusion oder Prekarität auf, die die soziale Frage neu definieren und zur Bildung neuer Methoden führen.

Andererseits führen die neoliberalen Angriffe auf den Sozialstaat seit den 90er-Jahren zu einem starken Legitimierungsdruck in der Sozialen Arbeit. Im Zuge des New Public Management wird der sozialpolitische und finanzielle Rahmen der Sozialen Arbeit neu gestaltet¹. Die Umgestaltung der Sozialen Arbeit geht einher mit der verstärkten Stigmatisierung ihrer Adressat*innen.»

¹ Weitere Infos dazu in der Broschüre «New Public Management in der Sozialen Arbeit. Eine Kritik. Abruflbar unter [www.kriso.ch/publikationenin der Sozialen Arbeit](http://www.kriso.ch/publikationenin_der_Sozialen_Arbeit).

Kriso

Das hat auch Auswirkungen auf das Prestige und die Anerkennung der Sozialen Arbeit. So gesehen teilt die Soziale Arbeit das Schicksal ihrer Adressat*innen. Im Zuge dieser Angriffe und aus der Realität eines vielfältigen Berufsfeldes heraus, zeigt sich in der Sozialen Arbeit die Tendenz zu einer neuen Betonung der Berufsidentität:

Das Einfordern des Status einer Profession und die Positionierung derselben. Das „Projekt Profession“ ist also Resultat der Bedingungen der Sozialen Arbeit in den 80er und 90er-Jahren, Antwort auf die veränderten Anforderungen und gleichzeitig Versuch einer offensiven Neupositionierung.

Die neuen Statusansprüche der Profession sind nicht auf einen bewussten Entscheid zurückzuführen, sondern bildeten sich aufgrund verschiedener Faktoren heraus und verstärken sich durch die wachsende Institutionalisierung der Sozialen Arbeit und einen so angetriebenen Fachdiskurs. Einerseits sind die Schulen der Sozialen Arbeit von höheren Fachschulen zu Fachhochschulen „aufgewertet“ worden.

Das hatte Auswirkungen auf den Wissenschaftsbetrieb an den Schulen, wo sich vermehrt eine Sozialarbeitswissenschaft herausbildete, die unabhängig von Bezugswissenschaften wie Soziologie, Psychologie oder der Rechtswissenschaft funktionieren sollte. Drei Berufsverbände in der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik fusionierten zum modernisierten Avenir Social. Auch auf berufstheoretischer Ebene forderten Vertreter*innen wie Silvia Staub-Bernasconi ein „Ende der Bescheidenheit“ und eine Positionierung als Menschenrechtsprofession. Dieser Schub an stärkerer Institutionalisierung geht also einher mit einer stärkeren berufstheoretischen Betonung der Profession Soziale Arbeit mit dem Ziel der stärkeren Anerkennung. Diese soll es ermöglichen, Kürzungsforderungen und anderen finanzpolitischen Argumenten zu entgegnen.

Kritik an der Überhöhung der Profession

Professionalität im Sinne von qualitativ gutem und wirkungsvollem Handeln ist etwas Begrüssenswertes. Um dies zu fördern und sicherzustellen sind Berufsorganisationen oder ein Ethikkodex gute Instrumente. Die oben geschilderte Entwicklung der Betonung der Profession zugunsten der Anerkennung ist jedoch zu einer Überhöhung geworden. Soziale Arbeit ist im Zuge dieser stärkeren Institutionalisierung und auch ihrer Ökonomisierung zu einer Profession geworden, die ihre Tätigkeiten erhalten möchte und sich stärker von andern Berufen abgrenzt. Das Ziel „sich überflüssig zu machen“ ist einem standes-ökonomischen Anspruch gewichen. Die Dienstleistungen, die im öffentlichen Dienst oder auf dem „Sozialmarkt“ geleistet werden, sollen erhalten und erweitert werden. Die „Hilfe zur Selbsthilfe“ würde jedoch bedeuten, diese Nachfrage reduzieren zu wollen. Die einzelnen Akteur*innen im Markt grenzen sich zunehmend voneinander ab, anstatt im Sinne der Adressat*innen möglichst effektiv zu kooperieren. Auch auf Ebene der Sozialarbeitenden ist die Gefahr einer Hierarchisierung und stärkeren Abgrenzung von den Adressat*innen gegeben. Der beanspruchte Expert*innenstatus der Sozialarbeitenden für ihr Berufsfeld kann dazu führen, dass die kooperative Herangehensweise einer einseitig strukturierten weicht und für parteiliche oder emanzipative Ansprüche kein Platz mehr ist.

Die Alternative?

Das streben nach Anerkennung durch (Über-) Betonung der Profession ist der falsche Weg. Er ignoriert einerseits, dass Soziale Arbeit immer von der Stigmatisierung ihrer Adressat*innen betroffen ist. Die strukturellen, gesellschaftlichen Ursachen sozialer Ungleichheit werden weiterhin auch auf die Soziale Arbeit abfärben. Der Kampf um Anerkennung ist viel mehr ein sozialer und politischer Kampf und kann nicht durch Institutionalisierung gelöst werden. Stärkere Anerkennung wird nur zum Preis von Anbiederung, noch stärkerer ökonomischer Umgestaltung und der Aufgabe der emanzipativen Inhalte von Sozialer Arbeit möglich sein.

Kriso

Andererseits wird vernachlässigt, dass der Sozialstaat und die Soziale Arbeit selbst Produkt von sozialen Kämpfen und Errungenschaften von sozialen Bewegungen sind. Auch aus geschichtlicher Perspektive braucht es eine Abkehr vom jetzigen Kurs.

Der Ausweg aus der Sackgasse führt über politische Bündnisse mit Adressat*innen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Dazu braucht es ein politisches Verständnis der eigenen Tätigkeit und entsprechende Organisierungsmöglichkeiten¹². Das Forum für kritische Soziale Arbeit Kriso ist genau so ein Ansatz: Die Kriso versucht, ein politisches Verständnis zurück in die Soziale Arbeit zu bringen. Die Organisierung ermöglicht es, als Kollektiv zu handeln und dadurch aus der Vereinzelung des Arbeitsalltags herauszukommen.

Quellen:

Epple, Ruedi und Kersten, Anne (2017). In der Sackgasse: Soziale Arbeit zwischen Professionalität und Professionalismus. Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit, 19/20, 107-131.

Forum für Kritische Soziale Arbeit (Kriso) (2018). Die «andere» Soziale Arbeit.

Kommentar der Kriso zum Artikel von Ruedi Epple und Anne Kersten „In der Sackgasse: Soziale Arbeit zwischen Professionalität und Professionalismus“.

Beide Texte abrufbar in der Sonderausgabe der Kriso Plattform (Nr.9) unter www.kriso.ch/publikationen.

2 Siehe Broschüre „bei andern Problemen organisiert man sich ja auch“.
Abrufbar auf www.kriso.ch/publikationen

Soziale Arbeit und Bolognareform

Was ist die Bologna Reform

Der Bolognaprozess basiert auf der am 19. Juni 1999 von 29 europäischen Bildungsminister*innen unterzeichneten freiwilligen selbstverpflichtenden «Bologna-Erklärung». Diese strebt die Harmonisierung des europäischen Hochschulsystems an, um so dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Mobilität sowie arbeitsmarktechnische Qualifizierung der europäischen Bürger*innen zu fördern. Mittlerweile haben sich 49 Staaten angeschlossen. Ein zentrales Element des Prozesses ist die Einführung des ECTS European Credit Transfer Systems, welches die Qualität der Hochschulbildung sichern und optimieren und Studiengänge vergleichbar machen sollte (Hill, 2012, S. 239). Dies typischerweise in Form von Bachelor- und Masterstudiengängen, welche sich jeweils aus standardisierten Modulen zusammensetzen. Die Bolognareform war durchaus auch mit Hoffnungen verknüpft. So sollten durch die Schaffung von Bachelor- und Master-Studiengängen die Statusunterschiede zwischen Universität und Fachhochschule ausgeglichen und der Berufsstand der Sozial Arbeitenden aufgewertet werden (Hill, 2012, S. 290). Doch, was bringt der Sozialen Arbeit formelles Prestige, wenn sie durch die Standardisierung ihren kritischen Aspekt verliert?

Soziale Arbeit als Studiengang

Die Soziale Arbeit ist eine reflektierende Profession, welche sich und ihre Handlungen immer betrachten und hinterfragen muss. Kessler (2006, S. 76-80) spricht davon, dass diese reflektierende und praxisbezogene Haltung im Zuge der Studienreform zunehmend unter Druck geraten ist. Der Studiengang der Sozialen Arbeit an der ZHAW basiert auf der obengenannten Standardisierung der europäischen Bildungsanstalten und hat glücklicherweise die mindestens zweisemestrigen Praktika zum Erlangen des Bachelors beibehalten (o.D.).

Kriso

Durch die Aufteilung und Ausdifferenzierung der verschiedenen Bereiche der Sozialen Arbeit in spezialisierte Master- und Bachelorstudiengänge könnte der Sozialen Arbeit jedoch ihre bislang selbstverständliche Interdisziplinarität und ihr generalistisches Verständnis abhanden kommen (2012, Hill, S. 297), wenn auch diese Studiengänge als «generalistisch» deklariert sind. Die vorgegebenen Lerninhalte in Modulen liefern dabei den Studierenden zwar Transparenz über das Erreichen der Lernziele, Anwesenheitszeiten und Prüfungsformen und sind gleichzeitig auch Anhaltspunkte für Anstellungsträger und Fachöffentlichkeit (2012, Hill, S. 298).

Gleichzeitig führt die Standardisierung jedoch auch dazu, dass das in den Vorlesungen und Literatur vorgegebene kanonische Wissen zwar gelernt wird, der Bezug zur Praxis oder eine Reflexion des Wissens jedoch meist aussen vor bleibt, da die verdichteten Studienpläne diese meist nicht mehr erlauben (2012, Hill, S. 298). Die Verschulung des Hochschulstudiums führt dazu, dass die Bedeutung eines Moduls für Studierende nur anhand der Prüfungsrelevanz oder der zu ergatternden «Credits» gemessen wird. Ein echter reflektierter Wissenserwerb und die Integration in die eigene Haltung bleiben dabei aus und es kann zu Spannungen zwischen dem erworbenen Wissen und Situationen in der Praxis kommen, auf welche einen die theoretischen Diskurse des Studiums nicht vorbereiten.

Die Diskussion um das Spannungsfeld Theorie und Praxis und die Beschreibung der Profession sind dabei so alt wie die Fachhochschulen selbst. In Deutschland streiten sich seit der Bildungsreform von 1970 Theoretiker*innen und Praktiker*innen in Deutschland darüber, ob die Theoretiker*innen zu abgehoben und die Praktiker*innen zu unzulänglich sind (2012, Hill, S. 308). Inzwischen ist es so, dass die beiden Bereiche sich angenähert haben, dies jedoch auch aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen der Praxis Sozialer Arbeit.

Die Institutionen der Sozialen Arbeit sind in jüngster Zeit im Zuge ihrer Verwandlung in Dienstleistungsunternehmen, welche Wirtschaftlichkeit nachweisen müssen, zunehmend unter den Legitimationsdruck der Ökonomisierung geraten, welchem mit empirischen Ergebnissen entgegenzuhalten ist. Es wird also mehr geforscht, um die eigene Wirksamkeit und Erfolge nachweisen zu können. Sozialwissenschaftliches Wissen wird also erzeugt und wächst nicht mehr historisch aus der Praxis heraus.

Wie sollte das Curriculum also aussehen?

Wo liegt das Problem?

Betrachten wir die oben genannte Lage der Hochschulpolitik und die Verknüpfung mit der Sozialen Arbeit, scheint es so, dass die Standardisierung im Zuge der Bologna-Reform dazu führt, dass Student*innen nur ungenügend Freiraum erhalten, um sich mit einer reflexiven Haltung zu beschäftigen: Die intrinsische Motivation weicht dem extrinsischen Druck (Anwesenheitspflicht, Prüfungsobligatorium), die Eigenverantwortung den Modulvorgaben und die reflexive Haltung dem gebetsmühlenartigen Wiederholen von Lerninhalten. Die Erfahrungen von Studierenden an der Berner Fachhochschule (BfH) Soziale Arbeit zeigen, dass auch Module, welche per se politisch wären, wie beispielsweise das Modul «Sozialpolitik», in einem apolitischen Frontalunterricht vermittelt werden, anstatt dass die Materie diskursiv gemeinsam bearbeitet wird (Kriso Bern, 2017, S. 19). Die Präsenzpflcht als Mittel zur sogenannten Qualitätssicherung wirkt hierbei zusätzlich demotivierend, da Studierende wie bereits beschrieben auf der Jagd nach Credits eher apathisch in Vorlesungen sitzen und alles, was nicht prüfungsrelevant ist ausblenden. Ein kritisches Verständnis der Sozialen Arbeit wird hierbei nicht gefördert.

Ein Curriculum, welches sowohl der Praxis Sozialer Arbeit, als auch der Theorie gerecht werden will, müsste also versuchen die starren Strukturen in Form von Modulen aufzubrechen, die die Transdisziplinarität der Sozialen Arbeit hervorheben und die Inhalte des Studiums auf die Praxis bezogen diskutieren.

Kriso

Die Kriso plädiert dafür, dass sich die ZHAW nicht dem ökonomisch bedingten Konkurrenzdruck einer standardisierten europäischen Hochschulpolitik beugen soll, welche den Beruf der Sozialen Arbeit im Namen der Professionalisierung akademisieren und zur Marktanbiederung durch Stufenabschlüsse wie Master- und Bachelor hierarchisieren will.

Die Soziale Arbeit soll im Kampf um Anerkennung in der Gesellschaft nicht zur Gehilfin einer neoliberalen Sozialpolitik werden, in welcher sie zwar mit Begriffen wie «Disziplin» und «Profession» geschmückt wird, dabei jedoch dem Risiko ausgesetzt wird, dass ihre Wissenschaft und Praxis den Bezug zu den Adressat*innen und deren politischen Interessen verliert (Kriso, 2018, S. 5). Anders gesagt, sie soll ihre gesellschaftliche Marginalisierung nicht durch eine künstliche Aufwertung der neoliberal geprägten Institutionen kompensieren und dabei ihre marginalisierten Adressat*innen im Stich lassen. Viel mehr sollte sie sich mit diesen zusammenschliessen und den angestrebten «Professions»-Status hinterfragen, welcher zwar Anerkennung verspricht, jedoch gesellschaftliche Bedingungen wie soziale Ungleichheit und Unterdrückung ausblendet. Die Hoffnung, dass die Soziale Arbeit diesen Anliegen durch eine künstliche Aufwertung mehr Gehör verschaffen kann, scheint verquer, wenn die Aufwertung von denjenigen ökonomisch orientierten Institutionen ausgeht, welche die Soziale Arbeit zu einer apolitischen Dienstleistung umbauen wollen (Kriso, 2018, S. 5). Eine gute Darstellung dieser Ökonomisierungstendenzen finden sich im letzten Text „Aktivierst du noch oder reproduzierst du schon?“ in dieser Broschüre.

Es braucht eine Auseinandersetzung, inwiefern im ECTS-Sumpf der unzähligen Module Räume und Möglichkeiten zur Reflexion geschaffen werden können, anstatt das Studium mit Inhalten zu überladen. Ansonsten entfernt sich die «Profession» der Sozialen Arbeit immer mehr von ihrem eigentlich ethischen und fachlichen Kern und erliegt einer Segmentierung, bei welcher Kompetenzen zum Umgang mit Spannungsfeldern in der Praxis ausbleiben.

Quellen:

Buchholz, Günter (2009): Die Bologna-Reform der Hochschulen – eine hochschul- und gesellschaftspolitische Betrachtung. In: Die Neue Hochschule. Zeitschrift des Hochschullehrerbundes e.V. 6. 16-18

Hill B. (2012) Die Bologna Reform und das Studium der Sozialen Arbeit: Professionalisierung oder Dequalifizierung?. In: Becker-Lenz R., Busse S., Ehlert G., Müller-Hermann S. (eds) Professionalität Sozialer Arbeit und Hochschule. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Kessl, Fabian (2006): Soziale Arbeit trotz(t) Bologna. Drei Szenarien zur Zukunft der Studiengänge im Feld Sozialer Arbeit. In: Schweppe/Sting (2006): 71-88

Keupp, Heiner (2008): Universität Adé!? Abschiedsvorlesung am 15. Juli 2008 an der LMU München. Abrufbar unter: http://www.ipm-muenchen.de/texte/keupp_abschied_08.pdf (Zugriff am 3.06.2010)

Wissenschaftsrat. (2015). Empfehlungen zur Akkreditierung als Instrument der Qualitätssicherung. Abrufbar unter <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2259-12.pdf>

Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. (2019). Broschüre Bachelor in Sozialer Arbeit. Abrufbar unter: <https://www.zhaw.ch/storage/shared/sozialearbeit/Studium/Bachelor/ZHAW-Soziale-Arbeit-Bachelor.pdf>

Zürcher Hochschule für Angewandten Wissenschaften. (o.D.). Zentrum Lehre. Abrufbar unter: <https://www.zhaw.ch/de/sozialearbeit/institute-zentren/zlsa/>

Kriso Bern. (2017). Schwarzbuch BfH Soziale Arbeit. Abrufbar unter: <https://schwarzbuch.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/510/2017/12/Schwarzbuch-BFH-Soziale-Arbeit.pdf>

Kriso. (2018). «Die andere Soziale Arbeit». In: Kriso Plattform. Zeitschrift für kritische Soziale Arbeit. Sonderausgabe 9. Januar 2018. Abrufbar unter: https://www.kriso.ch/wp-content/uploads/plattform_nr9_sonderausgabe_a5_02.01.2018.pdf

Evangelikale Christ*innen in der Sozialen Arbeit

Evangelikale Christ*innen sind überproportional in sozialen Berufen vertreten. In der Praxis, die sich meist stark durch Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse auszeichnet, ist das durchaus problematisch. Die Widersprüche zeigen sich aber nicht erst in der Praxis, meist offenbaren sich bereits im Studium reaktionäre Meinungen unter dem Deckmantel von Meinungsfreiheit und Diversität.

Verschiedenste Vereine und Organisationen im Sozialbereich der Schweiz haben einen explizit evangelikalen Hintergrund. Besonders im Bereich der Drogenrehabilitation hat beinahe die Hälfte der involvierten Institutionen einen freikirchlichen Hintergrund. Oft fehlen säkulare Alternativen zu evangelikalen Akteuren, die meist durch staatliche Subventionen und Leistungsaufträge mitfinanziert werden. Zudem sind evangelikale Menschen auch in säkularen Institutionen überproportional vertreten. Die Gründe dafür sind schwierig belegbar, es kann aber davon ausgegangen werden, dass es sich nicht um strategische Überlegungen handelt, sondern dass sich soziale Tätigkeiten aus ethischen Gründen anbieten und dem Grundsatz der Nächstenliebe entsprechen. Trotzdem darf an dieser Stelle nicht vergessen werden, dass es sich bei evangelikalem Christentum stets auch um missionarisches Christentum handelt, auch wenn mittlerweile einige religiöse Gemeinschaften die Frage nach der Mission unterschiedlich auslegen und auf aktive Mission im beruflichen Umfeld verzichten.

Die Widersprüche, die sich in der praktischen Arbeit ergeben, werden dadurch aber nicht kleiner. Die Beziehung zwischen Sozialarbeiter*in und Adressat*in ist stets geprägt durch Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse. Auch wenn sich Missionierungsverbote in Anstellungsverträgen als wirksam erweisen, sind gerade in Verhältnissen enger Beziehungsarbeit Werthaltungen enorm wichtig.

Welche Qualität kann die geleistete Arbeit haben, wenn Menschen in der Sozialen Arbeit tätig werden, welche in ihrer eigenen Weltanschauung mit Konzepten wie «Sündhaftigkeit» arbeiten, Behinderung als gottgegeben und Homosexualität als heilbar betrachten? Wie kann progressive Soziale Arbeit geleistet werden und ihren Adressat*innen gerecht werden, wenn im Weltbild der Sozialarbeitenden patriarchale Geschlechterrollen dominieren? Allein die Toleranz gegenüber solchen «Meinungen» hat unterdrückenden Charakter und stützt ein diskriminierendes System. Soziale Arbeit soll sich parteiisch für ihre Adressat*innen einsetzen und eine klare politische Haltung beziehen. Doch wie soll das möglich sein, wenn Ursachen sozialer Probleme nicht in gesellschaftlichen Verhältnissen gesucht und Lösungen nicht durch die Veränderung selbiger angestrebt, sondern allein in die Hände Gottes gelegt werden?

Die Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen lässt sich exemplarisch an der evangelikalen „Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit“ (AGR) veranschaulichen. So hat die AGR eine Beratungsstelle für Geflüchtete eingerichtet, welche zum Christentum konvertieren wollen oder bereits konvertiert sind. Umfassende Beratung erhält also, wer sich seines alten Glaubens entledigt und dem Christentum anschliesst, wobei die Gründe für eine Konvertierung wohl meist in der Hoffnung auf höhere Chancen im Asylverfahren oder in der Aussicht auf umfassende soziale Beratung liegen.

Evangelikale Christ*innen in sozialen Berufen sind Realität und bewegen sich in einem durchaus widersprüchlichen Feld. Die Problematik jedoch beginnt nicht erst in der Praxis, sondern zeigt sich bereits in den Ausbildungsstätten Sozialer Arbeit. Mediale Öffentlichkeit erlangte das Thema im Jahr 2015, als sich Studierende der Fachhochschule St. Gallen (Hochschulleitung FHS St.Gallen, 2015, S. 3) öffentlich über diskriminierende Äusserungen seitens evangelikaler Komiliton*innen beschwerten. Es zeigte sich, dass das Problem auch an anderen Hochschulen der Sozialen Arbeit und an Pädagogischen Hochschulen bekannt war.

Kriso

Evangelikale Studierende äusserten sich in Lehrveranstaltungen und Gruppenarbeiten mit homophoben Beiträgen oder lehnten Themen wie Sexualaufklärung und Scheidungsrecht konsequent ab, da Ersteres zur unnötigen Sexualisierung von Kindern führe und Letzteres von Gott sowieso nicht vorgesehen sei.

Einige Studierende organisierten sich und forderten eine Stellungnahme der FHS zu diesen Vorfällen. Die Antwort der FHS kommt der Haltung anderer Schweizer Fachhochschulen für Soziale Arbeit gleich: Statt sich klar gegen reaktionäre und diskriminierende Meinungen zu positionieren, versteckt man sich hinter diffusen Äusserungen zu Toleranz und Diversität und einem entsprechenden Grundsatzpapier zu Letzterer. Der Aufbau dieser Grundsatzpapiere gleicht sich an allen Fachhochschulen. Diversity Management als neues Mainstream Verwaltungsinstrument hat Diversität längst als gesellschaftliche Ressource entdeckt und predigt Toleranz in alle Richtungen. Sei es in Form von Anerkennung gegenüber allen möglichen Meinungen oder auch in der Ablehnung von «Veranstaltungen und Verlautbarungen mit einseitigen oder tendenziösen Positionsbezügen – weder in politischer noch religiöser Hinsicht.» (Hochschulleitung FHS, 2015, S.3). Damit bringen sich die Hochschulen in eine scheinbar neutrale Position, die sie jeglicher Verantwortung entbindet, zwischen reaktionären und progressiven Meinungen zu unterscheiden. In diskursiven Prozessen soll eine kritisch reflektierte Auseinandersetzung mit verschiedenen Ansichten und Weltbildern stattfinden. Zentrale Aspekte aus dem Berufskodex der Sozialen Arbeit, wie beispielsweise eine nicht-diskriminierende und nicht-stigmatisierende Haltung, stehen dabei im Mittelpunkt. Die eigene Haltung soll dabei selbstkritisch hinterfragt werden.

Während des Studiums bleiben solche Auseinandersetzungen auf der Jagd nach Credits und in grossen Vorlesungssälen aber zumeist auf der Strecke und die Grundsätze im Umgang mit Diversität verkommen zur Farce. Im eng geplanten Curriculum finden immer wieder Lehrveranstaltungen zum Umgang mit sich

radikalisierenden und fundamentalistischen muslimischen Adressat*innen, die Auseinandersetzung mit der Problematik evangelikaler Christ*innen in Studium und Praxis findet aber keinen Platz. Auch an der ZHAW ist es kein Problem sein Bachelorstudium abzuschliessen ohne sich je selbstkritisch mit der eigenen Haltung zu befassen oder mindestens mit einer klaren Haltung der Hochschule konfrontiert zu werden.

Diversity Management wird somit im Sinne der Hochschulen als eine allumfassende oder, um sich der Terminologie Herbert Marcuses zu bedienen, reine Toleranz verstanden. Ganz im Sinne der Meinungsfreiheit können jegliche Meinungen geäussert werden und diese Meinungen tragen zur Pluralität des Berufsstandes der Sozialen Arbeit bei. Genau an dieser Stelle fordern wir von der Hochschule eine klare Haltung bezüglich fundamentalistischer Ansichten von Studierenden, da die «reine» Toleranz, auch gegenüber der Äusserung diskriminierenden Meinungen, die Tendenz hat solche Haltungen zu akzeptieren und zu stützen. Somit bekommt die Toleranz ein repressives und unterdrückendes Moment und verliert ihren befreienden Charakter. Deshalb darf und kann Toleranz «nicht unterschiedslos gleich sein hinsichtlich der Inhalte des Ausdrucks in Wort und Tat; sie kann nicht falsche Worte und unrechte Taten schützen, die demonstrierbar den Möglichkeiten der Befreiung widersprechen und entgegenwirken» (Marcuse, 1970, S. 99).

Marcuse (1970, S. 101) beschreibt in seinem Essay zu repressiver Toleranz treffend, dass Inhalte «durchgeschnitten', 'aufgesparten', 'zerbrochen' (dis-cutio)» werden müssen um zwischen fortschrittlichen und reaktionären Meinungen zu unterscheiden und Letztere aufgrund ihres unterdrückerischen Charakters nicht zu tolerieren seien. Genau diese Diskussionen müssen unter Studierenden, wie auch in der Schulleitung einer Fachhochschule für Soziale Arbeit stattfinden. Fachhochschulen müssen sich gegenüber evangelikaler Studierender klar positionieren und eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik fördern. Unterdrückende Meinungen sind nicht tolerierbar!

Quellen:

Hochschulleitung FHS St.Gallen. (2015, 20. April). Grundsätze des Umgangs mit Diversität an der FHS St.Gallen (FHS St.Gallen, Hrsg.).

Marcuse, H. (1970). Repressive Toleranz. In R. P. Wolff, B. Moore & H. Marcuse (Hrsg.), *Kritik der reinen Toleranz* (Edition Suhrkamp, Bd. 181, 7. Aufl., 61. - 70. Tsd, S. 91–128). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Überwachung und Isolation – das neue Asylverfahren

Seit dem 1. März 2019 ist in der Schweiz das neue Asylgesetz in Kraft. Asylverfahren – von der Ankunft bis zur Ausschaffung – werden neu in sogenannten Bundesasylzentren verarbeitet. Reibungslos und effizient soll das neue System funktionieren. Es bietet Gründe genug, warum wir als Sozialarbeitende uns überlegen sollten, warum „schneller“ für die Betroffenen oft nicht „besser“ bedeutet.

Das neue Gesetz, das den neuen Zentren und dem beschleunigten Asylverfahren zugrunde liegt, stammt aus der Feder von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Dies ist eher ungewöhnlich, üblicherweise kommen doch Änderungen im Migrationswesen eher aus der bürgerlichen Rechten. Entsprechend gut ist das Image, welches das neue Verfahren genießt: Anspruch auf Rechtsvertretung für alle, weniger lange Wartezeiten bis zum Entscheid. Dabei wird oft ausser Acht gelassen, was das neue Verfahren ebenfalls mit sich bringt: Weitgehende Abschottung Geflüchteter von der Gesellschaft, absolute Überwachung und Kontrolle innerhalb der Zentren und eine weitgehende Entmündigung all jener Menschen, die in die Schweiz fliehen, um hier Asyl zu suchen.

Was ist neu?

Wenn ein Mensch in die Schweiz flieht und hier ein Asylgesuch stellt, betritt er damit ein System, welches neu, effizient, durchgetaktet und nach Möglichkeit kostengünstig darüber entscheidet, ob jemand hier bleiben darf oder nicht. Neu geschieht dies bei der überwiegenden Mehrheit der Betroffenen in der Zuständigkeit des Bundes in sogenannten Bundesasylzentren. Es gibt Zentren mit unterschiedlichen Funktionen: Verfahrenszentren, Empfangszentren, aber auch Zentren für „renitente Asylsuchende“ und Zentren mit „Ausreise- und Wartefunktion“.

Kriso

Die überwiegende Mehrheit der Zentren wird betrieben durch die ORS Service AG, eine profitorientierte Firma, die davon lebt, derartige Aufträge möglichst kostengünstig umzusetzen.

Tatsächlich handelt es sich bei Bundeszentren – auch bei denjenigen, die nicht von der ORS betrieben werden – mehr um Lager als um Zentren. So erfüllen sie explizit die Funktion, Asylsuchende von der Gesellschaft – beispielsweise auch von Hilfsorganisationen – abzuschirmen. Die Lager sind innwendig weitgehend videoüberwacht und Bewohner*innen – teils sogar Kinder – können bei jeder Heimkehr ins Lager einer Personenkontrolle unterzogen werden. Es gibt strikte Regeln, zu welcher Uhrzeit ein Lager verlassen werden darf – tatsächlich sind die Zustände diesbezüglich ähnlich wie in der Halbgefängenschaft im Strafvollzug für Schweizer*innen. Alltägliche Selbstverständlichkeiten wie Kochgelegenheiten, Rückzugsmöglichkeiten, etc. sind oft nicht vorgesehen. Dabei zeigt sich eindrücklich, dass hier auf jeden Fall nicht das Wohl der Betroffenen an erster Stelle steht. Das Bild, das Menschen, die vom Krieg und ihrer Flucht traumatisiert sind, hier von der Schweiz erhalten, ist also erstmal geprägt von Videokameras, Stacheldraht rund ums Camp und repressive Kontrollen durch SIP und Securitas. Wer Anweisungen der Securitas nicht Folge leistet, riskiert beispielsweise sofort in ein „Zentrum für renitente Asylsuchende“ verlegt zu werden. Auch die Rechtsvertretung ist primär auf Effizienz ausgelegt: Im Auftrag des SEM (Staatssekretariat für Migration) sollen Jurist*innen Geflüchtete gegen das SEM, ihren eigenen Arbeitgeber vertreten. Dies aber nur dort, wo gute Erfolgchancen vorhanden sind. Vermutlich werden viele derjenigen, die es am dringendsten bräuchten, nicht davon profitieren können.

Warum dich das als Sozi betrifft

Bei den Menschen, die vom neuen Asylregime betroffen sind, handelt es sich um eine verletzbare Personengruppe. Das vollständige Aufgeben der eigenen Heimat, oft aufgrund extremer Gewaltsituationen wie Krieg, gefolgt von einer Flucht, der jährlich Tausende in den Fluten des Mittelmeers zum Opfer fallen, führt dazu, dass viele Geflüchtete traumatisiert oder zumindest psychisch stark belastet sind. Hier sind sie mit einer fremden Kultur, Sprache und einer Gesellschaft konfrontiert, die in vielen Fällen mit Ausgrenzung und Rassismus auf sie reagiert. Aus berufsethischer Sicht ist es daher eine zentrale Aufgabe der Sozialen Arbeit, diese Personengruppe zu unterstützen und zu ihrer Ermächtigung beizutragen. Dies sowohl auf individueller Ebene wie auch im gesellschaftlichen bzw. politischen Kontext.

Gleich neben der Zürcher Hochschule für Soziale Arbeit entsteht ein Bundeslager. Wir finden es daher dringend notwendig, dass sowohl die Hochschule, wie auch ihre Studierenden sich zu dem Thema verhalten. Bundeslager bedeuten Isolation, Überwachung und Disziplinierung. Sie sind Ausdruck davon, dass es der Politik nur um eine effiziente – und deshalb kostengünstige – Abwicklung eines Verfahrens geht, bei dem eigentlich die Menschen im Mittelpunkt stehen müssten.

Warum diese Kritik, und was hat sie mit dem Toni, mit der ZHAW, mit dir zu tun? Nun, an dieser Stelle könnte mit Grund- und Menschenrechten argumentiert werden. Oder mit der Menschenwürde, die es jedem Menschen erlauben sollte, selber zu wählen, wann er oder sie das Haus verlassen möchte. Es könnte argumentiert werden, dass Flucht vor Hunger und Krieg nicht rechtfertigt, einem Menschen Privatsphäre und Selbstbestimmung zu nehmen. Für angehende oder auszubildende Sozis gibt es aber noch weit mehr Argumente. Ein Bundeslager entsteht auf dem Duttweiler-Areal, gleich neben dem Toni.

Kriso

Eine kritische Haltung gegenüber der Neuorganisation der Asylmaschinerie ist umso notwendiger, da die Soziale Arbeit im Allgemeinen und die ZHAW im Besonderen sich eine politische Positionierung, ein anwaltschaftliches Auftreten für sozial Benachteiligte und ein sozialpolitisches Engagement sowohl selber auf die Fahne schreibt, als auch von ihren Studierenden fordert.

Der Berufskodex der Sozialen Arbeit nimmt Professionelle wie Hochschule in die Pflicht: Das Recht auf soziale Integration, die Pflicht zur Unterstützung Benachteiligter, es wird auf dem Papier immer und immer wieder gefordert. In der Realität hört man aber kaum etwas darüber. Hinter Zäunen im benachbarten Areal nützt es Geflüchteten nichts, dass an der ZHAW gesellschaftliche Teilhabe und soziale Integration gepredigt werden, solange es bei der abstrakten Absichtserklärung bleibt.

Das Geschlecht in der Sozialen Arbeit

Historisch betrachtet entwickelte sich die Soziale Arbeit aus einer zunächst unbezahlten Tätigkeit für mehrheitlich bürgerliche Frauen*¹ zu einem Frauen*beruf² unter männlicher* Leitung. Dem geringen Männer*anteil in der Sozialen Arbeit steht auch heute noch eine überproportionale Vertretung der Männer* in Führungs- und Leitungspositionen gegenüber. Diese Geschlechterverhältnisse und -hierarchien zeigen sich nach wie vor in fast allen Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit. Mit der Akademisierung der Sozialen Arbeit in den 1970er-Jahren stieg auch der Männer*anteil in der wissenschaftlichen Disziplin und dem akademischen Diskurs in der Sozialen Arbeit. Gerade in den Fachdiskursen der Sozialen Arbeit gibt es immer wieder Editionen, in denen männliche* Fachvertreter (fast) unter sich bleiben und Geschlecht kein Thema ist (Ehlert, 2010, S. 52). In der Praxis zeigt sich also eine typische Arbeitsteilung, in der die Männer* führende Positionen innehaben und Frauen* die alltägliche Arbeit ausführen (Breidenbach, 2000, S. 23). Ein Blick in die ausbildungsrelevante Literatur zeigt dieses Verhältnis deutlich. Beispielsweise sind im Buch «Grundriss Soziale Arbeit – Ein Einführendes Handbuch» von Werner Thole (2010) nur ein Drittel der Beiträge entweder von Frauen* oder unter Mitarbeit von Frauen* verfasst worden. Über das Buch Soziale Arbeit als Wissenschaft schreibt der Autor selbst: „Von den 14 ausgewählten Autor*innen stehen zwei Frauen* zwölf Männern* gegenüber. Charakteristischerweise sind allein die beiden Frauen* «gelernte Sozialarbeiter*innen» (Breidenbach 2000, S. 25). Diese Auswahl widerspiegelt die akademische Wirklichkeit.“

1 Der Gender-Stern ist aus der Kritik am eindimensionalen Frauenbegriff entstanden und soll aufzeigen, dass Geschlecht ein soziales Konstrukt ist.

2 Von Frauenberuf wird in der Regel ab einem Frauenanteil von 80% gesprochen. In der Schweiz zeigen Zahlen aus dem Jahr 2010, dass 80.4 Prozent der Studieneinsteigenden im Fachbereich Soziale Arbeit auf Bachelorstufe Frauen sind (vgl. BFS, 2011, S. 27).

Kriso

Mit der fortschreitenden «Professionalisierung» fand die Geschlechtsperspektive innerhalb der Sozialen Arbeit immer weniger Beachtung. Das fragwürdige Argument der «sozialen Mütterlichkeit», durch welches sich die Frauen* Anfang des 20. Jahrhunderts eine Möglichkeit zur Arbeitstätigkeit erkämpft hatten, verschwand mit der zunehmenden Akademisierung und wurde nicht durch eine adäquate reflexive Verwendung der Geschlechtsperspektive ersetzt. Deren Notwendigkeit und Relevanz zeigt sich jedoch in der nachfolgenden Auseinandersetzung.

Vor dem Aufbau des Sozialstaates wurden die Tätigkeiten und Angebote Sozialer Arbeit der Verantwortung der Frau* innerhalb des Familienverbandes zugeschrieben. Durch die «Professionalisierung» wurde die Soziale Arbeit zunehmend als klassisch weibliche Erwerbstätigkeit verstanden. Mit dem Verständnis Soziale Arbeit als Erwerbstätigkeit anzuerkennen, ging die Idee einer quantifizierbaren Sozialen Arbeit einher. Dabei wurden massgebliche Entscheide über die Gestaltung von Arbeitsbedingungen und -strukturen hauptsächlich von Männern* gefällt. Wer Soziale Arbeit als Tätigkeit wie jede andere versteht und daraus schlussfolgert, sie könne den gleichen wirtschaftlichen Logiken folgen wie andere Tätigkeiten, unterliegt dabei grossen Fehlannahmen und vergisst die Spezifika Sozialer Arbeit zu berücksichtigen, woraus massive Missstände entstehen.

Diese Missstände zeigen sich in teils absurden Rahmenbedingungen, endloser Bürokratie, Sparmassnahmen, Privatisierung und Leistungsabbau. Diese neoliberalen Angriffe auf die Bereiche der Sozialen Arbeit machen die weiblichen Arbeitnehmerinnen* als grosse Mehrheit besonders betroffen. Es sind jedoch Auswirkungen, welche nicht nur die Arbeitnehmer*innen der Sozialen Arbeit betreffen, sondern ebenso deren Adressat*innen. Denn auch Soziale Problemlagen wie Armut und Erwerbslosigkeit als Gegenstand Sozialer Arbeit sind Ursache und Auswirkung zugleich von geschlechtsspezifischer Diskriminierung und Ungleichheit.

Dazu kommt, dass der arbeits- und sozialpolitisch geförderte allmähliche Abschied vom Ernährer-Hausfrauenmodell erhebliche Umstrukturierungs- und Anpassungsprozesse auslöst. Der Ausbau von dringend notwendigen, bezahlbaren Kompensationsangeboten wie Kinderbetreuungseinrichtungen, Tagesschulen etc. hält mit dem tatsächlichen Bedarf und Umfang nicht mit. Das daraus entstehende erhebliche Care-Defizit wird durch Notlösungen – sprich Scheinlösungen – zu kompensieren versucht, was Frauen* in vielerlei Hinsicht erneut benachteiligt. Es entstehen globale Betreuungsketten, die durch prekäre Arbeitsbedingungen geprägt werden. Irregulär oder gar illegal beschäftigte Migrant*innen übernehmen in den Haushalten des globalen Nordens und Westen unter prekären Arbeitsbedingungen die Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen. Ihre eigenen Kinder und pflegebedürftigen Verwandten werden entweder von noch ärmeren Migrant*innen des globalen Südens oder von meist weiblichen Verwandten und Bekannten versorgt. Gleichzeitig profitieren private Vermittlungsfirmer von Betreuungsangeboten, indem sie unter dem Vorwand von Aufwand- und Vermittlungsgebühren das Geld abschöpfen.

Dies zeigt, wie mit dem Umbau sozialer Betreuungs- und Versorgungsstrukturen einerseits zentrale ethische und normative Fragen aufgeworfen werden. Andererseits sind damit Wertauseinandersetzungen um gesellschaftspolitische Zielsetzungen und transnationale soziale Gerechtigkeit verknüpft. Da Sorge und Fürsorge traditionell in der Zuständigkeit von Frauen* liegen, sind diese Fragen historisch wie aktuell weltweit Themen der Frauen*bewegungen.

All dies sollten Gründe genug sein, warum eine feministische Perspektive in der Sozialpolitik essentiell ist. Deshalb hat die feministische Sozialpolitikkritik die Anerkennung dieser unsichtbaren und unterbezahlten Leistungen zum Ziel und fordert eine angemessene und existenzsichernde Entschädigung für die geleistete Arbeit.

Kriso

Die aufgezeigten Ungleichheiten – sei es spezifisch in der Wissenschaftsdisziplin, im Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit oder die globalen Auswirkungen im Wesen der Care-Arbeit – sind Auswüchse und das Resultat patriarchaler und kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse. Patriarchale Strukturen schaden uns allen und erfordern eine parteiliche Sozialarbeit für die Betroffenen.

Passend dazu fand in diesem Jahr am 14. Juni zum 2. Mal nach 1991 ein landesweiter Frauen*streik bzw. feministischer Streik statt. An diesem Tag forderten hunderttausende Frauen* und solidarische Männer* die kulturelle, sexuelle, gesetzliche, sprich gesamtgesellschaftliche Gleichstellung und Anerkennung der Frau. Dazu findet jährlich am 8. März der Internationale Frauen*kampftag statt, der dieselben Anliegen thematisiert und sichtbar macht.

Quellen:

Breidenbach, Sonja (2000). Frauen gestalten Soziale Arbeit. Soziale Arbeit zwischen geistiger Mütterlichkeit und Professionalität. Münster: LIT Verlag.

Ehlert, Gudrun (2010) Profession, Geschlecht und Soziale Arbeit. In Mechtild, Bereswill & Gerd, Stecklina (Hrsg.). Geschlechterperspektiven für die Soziale Arbeit. Zum Spannungsverhältnis von Frauenbewegungen und Professionalisierungsprozessen (S.45-60). Weinheim: Juventa Verlag.

Mit der Kriso am Frauen*streik!

Die Kriso gestaltete den Frauen*streik in unterschiedlichen Aktionen mit und solidarisierte sich mit den Anliegen der Frauen*. Am 14. Juni 2019 besuchten wir am Morgen Sozialarbeitende aus dem Asylbereich und begleiteten diese auf einem Streikspaziergang durchs Quartier. Wir unterstützen deren Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen der Frauen* im Sozialbereich sowie zur Verbesserung der Situation von weiblichen Adressat*innen im Asylbereich.

Am Nachmittag trugen wir unsere Forderungen vor das Verwaltungsgebäude Werd der Stadt Zürich. Mit symbolischen Birkenstockspuren und Flipcharts machten wir auf die Auslagerungen im sozialen Bereich aufmerksam. Öffentliche Dienstleistungen auszulagern, führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen für die Angestellten und treibt die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit voran. Wir forderten keine Auslagerungen im öffentlichen Dienst! Lohngleichheit, faire Löhne und Aufwertung von Care-Arbeit – auch in ausgelagerten Betrieben!

Mit Privatisierung, Sparmassnahmen und Leistungsabbau kann keine gute Soziale Arbeit geleistet werden. Zusammen mit Adressat*innen und Sozialarbeiter*innen und allen anderen Frauen* wehrten wir uns an der Demo gegen die neoliberalen Angriffe auf die Soziale Arbeit! Wir forderten Rahmenbedingungen für eine solidarische und emanzipatorische Soziale Arbeit und eine (Re-)politisierung der gesamten Disziplin und Praxis. Soziale Arbeit braucht eine solidarische und emanzipatorische Praxis um den Forderungen der hunderttausenden Frauen* gerecht zu werden.

Auch für uns gilt: Der überwältigende Frauen*streik war erst der Anfang! Unsere Arbeitsgruppe bleibt bestehen, arbeitet weiter an den Themen und vernetzt sich mit anderen Gruppen.

Melde dich bei uns, falls du an einem Austausch oder einer Mitarbeit zum Thema interessiert bist und streich dir den 8. März 2020 bereits rot in der Agenda an!

Aktivierst du noch oder reproduzierst du schon?

Die Aktivierungsstrategie wurde 2005 – mit einer Revision der Sozialhilferichtlinien der SKOS – in der Sozialhilfe verankert. Sie setzt auf Eigenverantwortung der Sozialhilfebezüger*innen. In ihrer Logik sieht sie Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit als individuelles Problem, das individuell gelöst werden muss. Umgesetzt wurde dies in der Sozialhilfe mit der Einführung der Gegenleistungspflicht. Der Grundbedarf wurde gesenkt. Wer sich um berufliche Integration bemüht, wird mit Anreizen belohnt. Wer dies nicht will, wird mit Sanktionen bestraft. Das Leitparadigma in der Aktivierungsstrategie ist die Eigenverantwortung. Erwerbslose Personen sollen sich selbst arbeitsmarktfähig halten und alles Mögliche tun, um ihre Arbeitskraft zu pflegen, damit sie diese wieder zur Verfügung stellen können. Das soll mittels verpflichtender Massnahmen ermöglicht werden. Nadai (2013) sieht die Grundprinzipien der Aktivierungsstrategie in der Kürzung von finanziellen Leistungen mit der gleichzeitigen Teilnahmepflicht an Integrationsmassnahmen. Dabei setzen Integrationsmassnahmen primär bei den betroffenen Personen an, wobei jede Arbeit einer Nichtbeschäftigung vorzuziehen ist. Die Aktivierungsstrategie hat sich auch in anderen Sozialversicherungen, wie in der ALV und der IV, etabliert. Der vorliegende Text konzentriert sich auf die Sozialhilfe. Doch die Kritik an der Aktivierungsstrategie ist ebenso für andere Sozialversicherungen gültig.

Warum dich das als Sozi betrifft

Die Schweiz war in den 90er Jahren von einer starken Rezession betroffen, welche zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote mit gleichzeitigem Anstieg der durchschnittlichen Bezugsdauer von Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe führte. Dadurch nahmen die Kosten in der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe zu.

Gleichzeitig hatte die wirtschaftliche Stagnation zur Folge, dass die Steuereinnahmen nur gering stiegen. Der Sozialstaat geriet unter Spardruck. Somit eröffneten diese Folgen der wirtschaftlichen Veränderungen die politische Debatte zu einer Neukonzeption des Sozialstaates.

Neben der Forderung nach einer Ökonomisierung des Sozialstaates (siehe auch Broschüre „New Public Management“ der Kriso) wurde die Einführung der Aktivierungsstrategie verlangt. Diese Strategie ist stark von einer neokonservativen und einer neoliberalen Ideologie geprägt. Nach der neokonservativen Ideologie, so Wyss (2009), benötigt, wer fleissig einer Arbeit nachgeht und sich um ein ordentliches Familienleben bemüht, keine Sozialleistungen. Vielmehr stellen Sozialleistungen eine Armutsfalle dar, da sie dazu animieren, Bemühungen um ein moralisch ordentliches Leben aufzugeben und Betroffene dadurch in der Armut gefangen bleiben. Durch den Wegfall der Sozialleistungen würden Betroffene von selbst wieder zu einem fleissigen Arbeitsleben und einem ordentlichen Familienleben finden. Die neokonservativen Forderungen zum aktivierenden Sozialstaat erscheinen hauptsächlich in Form von Leistungskürzungen und Leistungseinstellungen.

Der Neoliberalismus fordert eine Vorherrschaft des Marktes und sieht alle Menschen als Marktteilnehmende. Die Neoliberalen fordern, dass Betroffene für die erhaltene Sozialleistung eine Gegenleistung erbringen. Damit würden diese auch nur zu Dingen verpflichtet, zu welchen alle Marktteilnehmenden ebenfalls verpflichtet sind. Ideologisch wird diese Forderung durch die Annahme gestützt, dass Sozialleistungen ohne Gegenleistungen sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft als auch die Eigenständigkeit der Menschen schwächt. Wyss sieht in der neoliberalen Forderung nach einer Gegenleistung, besonders in der Form einer Arbeitspflicht, ein „Mittel zur allgemeinen Verstärkung des Drucks zu ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen“.

Kriso

Die aktivierende Sozialhilfe zielt also auf eine verstärkte Übernahme von Eigenverantwortung der Leistungsbeziehenden. Sie beabsichtigt die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und setzt dabei auf den Grundsatz Fordern und Fördern. Der Bezug von Leistungen der staatlichen Grundsicherung wird an Pflichten geknüpft. Bei Nichterfüllen der Pflichten können Sanktionen erteilt werden, welche die Kürzung der staatlichen Unterstützung zur Folge haben.

Aufgrund der Aktivierungsstrategie ist in den letzten Jahren ein unübersichtlicher Markt an Beschäftigungsprogrammen entstanden. Diese erfüllen mehrere ineinander übergehende Funktionen, wie das Abklären der Arbeitsfähigkeit, die Kontrolle der Arbeitsbereitschaft, Bewerbungstrainings, sowie das Schaffen einer Tagesstruktur. Beschäftigungsprogramme sind jedoch selten nachhaltig qualifizierend und sie fördern die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt kaum. Oftmals wird in den Beschäftigungsmassnahmen der Fokus auf das Vermitteln von sogenannten Schlüsselkompetenzen, wie Motivation, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit gelegt. Durch die Fokussierung auf diese individuellen „Grundfähigkeiten“ werden aber keine qualifizierenden Perspektiven für den ersten Arbeitsmarkt eröffnet, sondern vielmehr das Gefühl der Selbstverschuldung der Erwerbslosigkeit verstärkt. Teilweise gelingt es, die Teilnehmenden sozial zu integrieren, indem eine gesellschaftlich anerkannte Tätigkeit vermittelt wird. Da jedoch nach der Beendigung eines Beschäftigungsprogrammes nur in wenigen Fällen eine Anstellung im ersten Arbeitsmarkt steht, fällt die soziale Integration und die Anerkennung wieder weg, was bei den Betroffenen zu Resignation führen kann.

Durch die Pflicht zur Programmteilnahme wird den Leistungsbezüger*innen jegliche intrinsische Motivation sich selbst für die eigene berufliche Integration zu bemühen abgesprochen. Es macht einen grossen Unterschied, ob sich eine Person aus eigener Motivation zu einer Programmteilnahme entscheidet oder ob sie dazu verpflichtet wird.

Durch die Verpflichtung wird der Person die Handlungsautonomie abgesprochen, um deren Stärkung es sich bei der Programmteilnahme eigentlich drehen sollte. Die Erfolgchancen für eine gelingende berufliche Eingliederung sind bei einer unfreiwilligen Teilnahme erheblich geringer.

Die Aktivierungsstrategie verstärkt den Druck auf die Erwerbslosen, Arbeit unter prekären Anstellungsverhältnissen anzunehmen, da dies der einzige Weg ist, eine gewisse Handlungsautonomie zurückzugewinnen. Für Sozialarbeitende in der Sozialhilfe führt die Aktivierungsstrategie zu einer Verstärkung des Spannungsfeldes zwischen beratender und kontrollierender Funktion. Dadurch wird die Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeitenden und Adressat*innen erschwert. Zusätzlich führt der Spardruck in der Sozialhilfe zu steigenden Fallzahlen. Dadurch sind weniger Ressourcen für Beratungen vorhanden und oft kann keine qualifizierte Falldiagnostik durchgeführt werden. Durch diese strukturellen Rahmenbedingungen verkommt die Aufgabe von Sozialarbeitenden.

Von der Begleitung von Menschen in deren Prozess zu einer besser gelingenden und selbstbestimmten Lebensführung zu einer Verwaltung und Reproduktion von Humankapital für ein neoliberales Wirtschaftssystem. Sozialarbeitende vermitteln durch die Anwendung dieser Aktivierungslogik – oft unbewusst – ebendiese neoliberale Denkweise und Wertehaltung. Dabei werden strukturelle Probleme individualisiert. Durch diese Verschiebung der Probleme auf die individuelle Ebene werden diese Probleme jedoch entpolitisiert, wodurch eine Lösung verunmöglicht wird. Wird beispielsweise Arbeitslosigkeit nicht mehr als gesellschaftliches Problem anerkannt, geht auch die Solidarität mit arbeitslosen Personen verloren, was schlussendlich zum Ausschluss dieser Menschen führt.

Kriso

Die Aktivierungsstrategie wird seit Beginn in diversen Studien aus Soziologie und Sozialer Arbeit scharf kritisiert. Sie erreicht ihre Ziele, wie (langfristige) Kosteneinsparungen und eine höhere Ablösequote nicht. Vielmehr hat sie eine normierende Wirkung auf die Sozialhilfebeziehenden und eine abschreckende Wirkung auf Geringverdienende. Trotz dieser Kritik aus Praxis und Wissenschaft wurden die Sanktionsmöglichkeiten 2016 erhöht. Die SKOS hat die Richtlinien 2016 verschärft, um ihren neokonservativen Kritiker*innen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese sehen sich dadurch jedoch in ihren Forderungen nach Leistungskürzungen und Leistungseinstellungen bestärkt und fordern aktuell eine grundsätzliche Senkung des Grundbedarfs um 30%. Nur bei Nachweis von Bemühungen kann der Grundbedarf wieder auf das soziale Existenzminimum erhöht werden.

Die neokonservativen Argumente setzen dabei ausschliesslich auf Werte und Normen statt auf wissenschaftliche Daten und nachhaltige Logik. Die Kriso fordert von der ZHAW eine klare Positionierung zu den aktuellen Forderungen nach Leistungskürzungen und zum fortlaufenden Prozess der Stigmatisierung von Leistungsbeziehenden.

Den Studierenden der ZHAW werden das Sozialhilferecht, die Zusammensetzung des sozialen Existenzminimums und die Grundsätze der Sozialhilfe gelehrt. Das Zustandekommen der heutigen Rahmenbedingungen inklusive der Aktivierungsstrategie wird nicht thematisiert. Aktivierung wird –wenn überhaupt benannt – neutral präsentiert, obwohl sich Studien aus der Sozialen Arbeit dagegen aussprechen. Eine reflexive professionelle Haltung, welche sich für die Rechte der Schwächsten einsetzt um ihre Würde zu wahren, kann nicht gefördert werden, wenn grundlegende Diskussionen über strukturelle Rahmenbedingungen und Arbeitsweisen in der Praxis der Sozialen Arbeit nicht aktiv im Studium besprochen werden. Nur ein politisches Verständnis grundlegender Rahmenbedingungen in der Sozialen Arbeit befähigt zu effektivem politischen Handeln, um die Rechte der Schwächsten zu wahren.

Quellen:

Nadai, E. (2013). Aktivierung. In A.M. Riedi, M. Zwilling, M.M. Kressig, P.B. Bartoletta & D.A. Zindel (Hrsg.), Handbuch Sozialwesen Schweiz (S. 332-335)

Gärtner, L. & Flückiger, Y. (2005). Probleme des Sozialstaats: Ursachen, Hintergründe, Perspektiven. Zürich/Chur: Rüegger.

Kriso (2012). New Public Management in der Sozialen Arbeit. Eine Kritik. Abgerufen am 12.08.2019 unter https://www.kriso.ch/wp-content/uploads/kriso_npm_sa.pdf

Wyss, K. (2009). Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus. (2.Aufl.). Zürich: edition 8.

Dahme, H. J. (2008). Krise der öffentlichen Kassen und des Sozialstaats. Aus Politik und Zeitgeschichte, 12-13, 10-16

FORDERUNGEN AN DIE ZHAW

Aus der vorangegangenen Kritik und Auseinandersetzung entstehen für die Kriso folgende Forderungen an die ZHAW, die sie als Ausbildungsort für Sozialarbeitende miteinbeziehen und umsetzen sollte, wenn ihr ein Ausbilden eines selbständigen, unabhängigen und kritischen Denken ihrer Studierenden ein Anliegen ist. Wir sind uns aber auch bewusst, dass die ZHAW ein Teil der neoliberalen Verhältnisse ist und sich nicht – und schon gar nicht von heute auf morgen – grundlegend ändern wird.

Deshalb müssen auch wir Studis endlich aktiv werden! Der Handlungsspielraum Einzelner ist beschränkt. An der Hochschule und erst recht später in der Praxis ist es viel einfacher, gemeinsam etwas ins Rollen zu bringen als im Alleingang. Wir haben uns aus diesem Grund im Forum für kritische Soziale Arbeit Kriso organisiert. Die Kriso ist ein Projekt, das genau dafür da ist: Kollektiv politische Themen zurück in die Soziale Arbeit bringen, wo sie dringend hingehören.

Wir fordern eine aktive Positionierung von Seiten Hochschule und keine vermeintliche Neutralität. Die ZHAW muss das umsetzen, was sie sporadisch von ihren Studis fordert: Politisch Position zugunsten sozialer Benachteiligter beziehen und diese Haltung auch gegen Aussen vertreten.

Wir fordern:

- Das Fördern von politischem Verständnis der Studierenden. Eine verstärkte Auseinandersetzung mit strukturellen Ungleichheiten statt der simplen Individualisierung von Problemlagen.
- Die Auseinandersetzung mit und das Kritisieren von Auswirkungen des neoliberalen Wirtschaftssystems auf die Rahmen- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Sozialen Arbeit.
- Keine Toleranz und eine klare Stellungnahme der ZHAW gegenüber diskriminierenden Meinungen und Haltungen.
- Die klare Positionierung zum Bundesasyllager neben dem Toni-Areal und das politische Einmischen in das überwachende, disziplinierende und isolierende Asylregime.
- Das Thematisieren patriarchaler Strukturen und Lehre einer adäquaten Geschlechterperspektive im Hinblick auf die diskriminierenden Geschlechterverhältnisse innerhalb der Sozialen Arbeit und auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten im Kontext sozialer Problemlagen.
- Das Auseinandersetzen und Thematisieren der Stigmatisierung von Leistungsbeziehenden in der Sozialhilfe sowie eine Kritik der damit einhergehenden Forderungen nach Leistungskürzungen.

Soziale Arbeit muss politische Rahmenbedingungen, die Ausgrenzungsprozesse verursachen, nicht nur thematisieren, sondern kritisieren und aktiv Widerstand leisten. Deshalb fordern wir eine Repolitisierung der Sozialen Arbeit und das aktive Einbringen der ZHAW in höchst aktuelle Themen.

Du fühlst dich von der Broschüre angesprochen?

Dich chribblets in den Fingern und du möchtest dich gerne austauschen oder für eine kritischere Soziale Arbeit engagieren?

Tritt mit uns in Kontakt!

Nächstes Treffen der Kriso ZHAW

Wo: Mehrspur, Toni-Areal, Zürich
Wann: 19.11.2019, ab 16.45 Uhr
im Anschluss an die Vorlesung

10 Jahre Kriso Soliparty

Wo: Provitreff, Sihlquai 240, 8005 Zürich
Wann: 08.02.2020



kriso.ch
zuerich@kriso.ch
facebook.com/kritische.sozialearbeit/

